

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

WINTERSESSION 2021

29. November – 17. Dezember 2021

**furrerhugi. ag**

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49  
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43  
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86  
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89  
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

## 1 EINLEITUNG

Die eidgenössischen Räte haben in der Wintersession 21 Vorlagen parlamentarisch verabschiedet. Die AHV-Reform, die das Rentenalter der Frauen von 64 auf 65 Jahre erhöht und neun betroffenen Jahrgängen einen Rentenzuschlag gewährt, sticht dabei besonders heraus und sorgte für intensive Debatten. Weil das Referendum der Gewerkschaften als sicher gilt, dürfte das Stimmvolk das letzte Wort haben. Ebenfalls verabschiedet hat das Parlament die Verrechnungssteuerreform sowie die erneute Aktualisierung des Covid-19-Gesetzes. Auch bei diesen Projekten steht bereits ein Referendum im Raum. Ein weiterer Themenschwerpunkt der Wintersession war zudem das Bundesbudget. Das Parlament beschloss in verschiedenen Bereichen Änderungen. Im Vergleich zu den Vorjahren waren aufgrund der Corona-Krise die Begehrlichkeiten aber überschaubar. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrats sieht das Parlament gesamthaft Mehrausgaben von 236 Millionen Franken vor, verteilt auf elf Budgetposten bei denen National- und Ständerat Mehrausgaben beschlossen. Davon profitieren werden unter anderen auch Familienorganisationen und Kinderschutzprojekte, die zusätzlich mit rund 1,4 Millionen Franken unterstützt werden.

Im Bereich der frühen Kindheit war die Wintersession ruhig. Der Ständerat entschied, dass über einen zweiwöchigen "Vaterschaftsurlaub" für alle Paare die zuständige Kommission vorberaten soll. Der Standesinitiative aus dem Tessin für eine Verlängerung des Kündigungsschutzes nach dem Mutterschaftsurlaub gab er keine Folge. Auch wurden durch den Nationalrat die Standesinitiative Genf für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie die Standesinitiative Jura, welche das Recht für Kantone forderte, selbst Bestimmungen für Eltern- oder Vaterschaftsurlaub zu erlassen, abgelehnt. Aufgrund der dichten Agenda mussten auch in der Wintersession wieder einige Geschäfte verschoben werden. Daher konnte der Ständerat nicht über die Motion entscheiden, welche die Einführung der Individualbesteuerung in der Schweiz fordert.

Es wurden drei neue Vorstösse mit Bezug zur frühen Kindheit eingereicht. Die Motion von Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier (Die Mitte/FR) will vom Bundesrat, dass er sich für ein Qualitätslabel bei Kindertagesstätten in Form einer interkantonalen Vereinbarung einsetzt und sich an der Finanzierung der damit verbundenen Qualitätsziele beteiligt. Nationalrat Simon Stadler (Die Mitte/UR) fordert in seinem Postulat, dass die Erfahrungen der Kantone und Städte, welche bereits die Subjektfinanzierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen anwenden, in einem Bericht aufbereitet werden. Dieser soll die Auswirkungen der Einführung der Betreuungsgutscheine, die Vor- und Nachteile, die Kosten und die bereits vorhandenen Abläufe zur Systemumstellung sowie zur Ausstellung der Betreuungsgutscheine darlegen und evaluieren. Und die Interpellation von Nationalrätin Valérie Piller Carrard (SP/FR) stellt Fragen zur Einführung des Vaterschaftsurlaubs und die damit verbundene Streichung des eintägigen Geburtsurlaubs durch das SECO. Zudem wurden während der Fragestunde zwei Fragen zum Bundesbudget für Familienorganisationen sowie Lücken in der Datenerhebung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Gesundheit gestellt.

Die Kommissionsprogramme für das erste Quartal des neuen Jahres weisen einige Geschäfte mit Bezug zur frühen Kindheit aus. Insbesondere die WAK-S und WAK-N Sitzungen vom Januar sind von Relevanz, werden dann doch die parlamentarischen Initiativen zur Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung, zur Bekämpfung der Kinderarmut und zu Tagesschulen behandelt.

## 2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

\* Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht unter Kategorie 6 «Pendente und neu eingereichte Geschäfte» gelöscht.

### An den Bundesrat überwiesen\*

--

### Gesetzesvorlage verabschiedet\*

--

### An Zweitrat

[21.4331](#) Motion Lisa Mazzone GPS/GE: Zweiwöchiger "Vaterschaftsurlaub" für alle Paare (*noch nicht an Zweitrat, sondern mittels Ordnungsantrag vorerst an vorberatende Kommission des Ständerats überwiesen*)

[20.322](#) Standesinitiative TI: Für die Verlängerung des Kündigungsschutzes nach dem Mutterschaftsurlaub (*Keine Folge gegeben durch Ständerat*)

### Fristverlängerung

--

### Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte\*

[20.308](#) Standesinitiative GE: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung

[20.320](#) Standesinitiative JU: Bestimmungen zum Recht auf Eltern- oder Vaterschaftsurlaub und zu dessen Dauer. Allfällige Erlassung durch die Kantone

[21.3631](#) Interpellation Christian Lohr Die Mitte/TG: Bessere Daten zu Kinder- und Jugendgesundheit

[19.4430](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Verbesserter Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte

[21.3895](#) Interpellation Céline Widmer SP/ZH: Multilokale Familien

[21.3888](#) Interpellation Valérie Piller Carrard SP/FR: Neue Rechtsprechung zum Unterhaltsrecht. Was ist mit den Frauen und den Familien?

[21.3824](#) Interpellation Valérie Piller Carrard SP/FR: Studie "Dienstleistungen für Familien". Wie geht es weiter?

[21.3643](#) Interpellation Barbara Gysi SP/SG: Bereitstellen von zusätzlichen Ressourcen während Mutterschaft

### 3 AUSZUG FRAGESTUNDE

[21.8027](#) Frage Marianne Binder-Keller Die Mitte/AG: Verunmöglichte Planungssicherheit für die Familienorganisationen angesichts der Budgetkürzungen Ende November

Antwort Bundesrat:

Die Finanzhilfen an Familienorganisationen werden gestützt auf das Familienzulagengesetz und auf die Verordnung über Finanzhilfen an Familienorganisationen gewährt. Für die kommende vierjährige Vertragsperiode hat eine grössere Anzahl Familienorganisationen um mehr Finanzhilfen ersucht als in der vergangenen Periode. Die ersuchten Finanzhilfen übersteigen den zur Verfügung stehenden Budgetbetrag gemäss Voranschlag 2022 und Finanzplan 2023-2025 um rund eine Million Franken jährlich. In diesem Fall kommt die Prioritätenordnung des Eidgenössischen Departements des Innern zur Anwendung, wodurch die Finanzhilfen der bisherigen Vertragsnehmer tiefer ausfallen als bis anhin. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat die Familienorganisationen Mitte Juli 2021 über diese Ausgangslage informiert.

[21.8013](#) Frage Sandra Locher-Benguerel SP/GR: Kinderrechte-Schweiz muss Lücken in der Datenerhebung von Kindern und Jugendlichen dringend schliessen

Antwort Bundesrat:

Der Bundesrat ist sich dieser Situation bewusst. Die nachfolgenden Aktivitäten sind bereits gestartet, um diese Datenlücken zu schliessen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) verfasst derzeit einen Bericht als Antwort auf die Postulate Roduit [21.3220](#), "Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen", vom 17. März 2021 und WBK-N [21.3457](#), "Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken", vom 15. April 2021. Dieser Bericht wird die Auswirkungen und Folgen der Pandemie sowie die Schutzmassnahmen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen analysieren. Ausserdem erarbeitet das BAG gemeinsam mit den Kantonen ein minimales Indikatorenset zur Konkretisierung und Priorisierung von Datenlücken. Schliesslich wird es auch Informationen zur Gesundheit von Kindern in der Kohortenstudie "Schweizerische Gesundheitsstudie" integrieren, sofern der Bundesrat diesem Vorhaben im Jahr 2022 zustimmt. Das Bundesamt für Statistik (BFS) führt in der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen seit 2021 ein Modul zum Gesundheitszustand und zur Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen durch. In der schweizerischen Gesundheitsbefragung 2022 wurde das Modul zur Gesundheit von Kindern angepasst. Zudem prüft das BFS die Verknüpfung von Versorgungsdaten aus der medizinischen Statistik mit Haushaltsstrukturdaten. Schliesslich wird das BFS die Thematik der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im statistischen Mehrjahresprogramm des Bundes 2024-2027 einfließen lassen.

#### 4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

##### [21.4578](#) Motion Marie-France Roth Pasquier Die Mitte/FR: Label de qualité pour les crèches (*Titel folgt*)

Der Bundesrat wird beauftragt, sich für ein Qualitätslabel für Kindertagesstätten in Form einer interkantonalen Vereinbarung einzusetzen und sich an der Finanzierung der damit verbundenen Qualitätsziele zu beteiligen. Um qualitativ hochwertige Betreuungsangebote bereitzustellen und Qualitätsstandards zu gewährleisten, seien einheitliche Kriterien erforderlich. Insbesondere in folgenden Bereichen: Infrastruktur, Hygiene, Betreuungsschlüssel, Qualität und Qualität der Betreuung, Auffrischkurse für Nothilfe, eine gute Versorgung mit Lebensmitteln, Ernährung, angemessene Berufsausbildung des Personals und kontinuierliche Weiterbildung.

##### [21.4501](#) Postulat Simon Stadler Die Mitte/UR: Subjektfinanzierung von Kitas

Der Bundesrat wird beauftragt, anhand der Erfahrungen von Städten und Kantonen, die bereits das System der Subjektfinanzierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen anwenden, aufzuzeigen, wie sich die Einführung der Betreuungsgutscheine auswirkt. Mit der Ausarbeitung eines Berichts sollen die Effekte der Subjektfinanzierung erhoben werden. Insbesondere sollen dabei die Vor- und Nachteile, die Kosten und die bereits vorhandenen Abläufe zur Systemumstellung sowie zur Ausstellung der Betreuungsgutscheine evaluiert werden.

##### [21.4639](#) Interpellation Valérie Piller Carrard SP/FR: Suppression du congé de naissance (*Titel folgt*)

Als das Parlament über die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs debattierte, äusserte es nicht den Wunsch, dass dieser den Geburtsurlaub ersetzen sollte. Daher gebe es keine Verpflichtung für das SECO, den Tag des Geburtsurlaubs aus der Liste der üblichen Urlaube zu streichen. Das SECO hätte das erste rechtskräftige privatrechtliche Urteil abwarten sollen, bevor der Geburtsurlaub von der Liste der üblichen Urlaube gestrichen wird. Die Interpellantin stellt fünf Fragen und erwartet damit Antworten bezüglich Auslegung des Willens des Gesetzgebers durch das SECO.

## 5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

### **WBK-S**

10./11.01.2022

- [21.412](#) Parlamentarische Initiative Florence Brenzikofer GPS/BL: Von Tagesstrukturen zu Tagesschulen
- [19.4070](#) Motion Christian Lohr Die Mitte/TG: Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit
- [19.4069](#) Motion Benjamin Roduit Die Mitte/VS: Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

### **WBK-N**

27./28.01.2022

- [21.403](#) Parlamentarische Initiative WBK-NR: Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung
- [20.454](#) Parlamentarische Initiative Valérie Piller Carrard SP/FR: Kinderarmut bekämpfen
- [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

### **SGK-N**

03./04.02.2022

- [15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter (Verabschiedung Bericht für das Vernehmlassungsverfahren)
- [17.483](#) Parlamentarische Initiative Verena Herzog SVP/TG: Kaufkraftbereinigte Familienzulagen

**6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE  
GESCHÄFTE**

**Hinweise**

- Neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
- Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
- Neuer Status bei den Geschäften in Rot.

[21.4578](#) Motion Marie-France Roth Pasquier  
Die Mitte/FR: Label de qualité pour les crèches (Titel folgt)

[21.4501](#) Postulat Simon Stadler Die Mitte/UR:  
Subjektfinanzierung von Kitas

[21.4639](#) Interpellation Valérie Piller Carrard  
SP/FR: Suppression du congé de naissance (Titel folgt)

[21.4331](#) Motion Lisa Mazzone GPS/GE:  
Zweiwöchiger "Vaterschaftsurlaub" für alle Paare  
→ BR beantragt Ablehnung  
(17.11.2021)  
→ SR Zuweisung an die zuständige Kommission zur Vorbereitung  
(15.12.2021)

[21.4212](#) Motion Kathrin Bertschy GLP/BE:  
Elternschaftsurlaub: Der 2-wöchige «Vaterschaftsurlaub» soll für alle Eltern gelten  
→ BR beantragt Ablehnung  
(17.11.2021)

[21.4206](#) Motion Andrea Martina Geissbühler  
SVP/BE: Kinder, welche durch Samenspende erzeugt werden, sollen ab Vollendung des 4. Lebensjahrs die Möglichkeit haben, ihren leiblichen Vater kennen zu lernen  
→ BR beantragt Ablehnung  
(17.11.2021)

[21.4069](#) Motion Marie France Roth Pasquier  
(Die Mitte/FR): Dem Stillen mehr Schutz gewähren  
→ BR beantragt Ablehnung  
(10.11.2021)

[21.4322](#) Interpellation Aline Trede GPS/BE:  
Fair aufgeteilte elterliche Sorge bei Trennungen und Scheidungen  
→ Antwort BR (24.11.2021)

[21.4271](#) Interpellation Florence Brenzikofer  
GPS/BL: Gesamtschweizerische Standards bei Finanzierungsmodellen, Kosten und Qualität der familienexternen Betreuung  
→ Antwort BR (17.11.2021)  
→ NR Diskussion verschoben  
(17.12.2021)

[21.3946](#) Postulat Min Li Marti SP/ZH: Stellung der faktischen Lebenspartnerschaften  
→ BR beantragt Ablehnung  
(01.09.2021)

[21.3945](#) Motion Min Li Marti SP/ZH: Kosten der externen Kinderbetreuung für Familien tragbar gestalten  
→ BR beantragt Ablehnung  
(01.09.2021)

[21.3900](#) Postulat Marianne Binder-Keller Die Mitte/AG: Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des Potentials der Familienarbeit  
→ BR beantragt Ablehnung  
(01.09.2021)

[21.3850](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Schaffung eines Bundesamtes für Familie, Generationen und Gesellschaft  
→ BR beantragt Ablehnung  
(01.09.2021)

- [21.3733](#) Motion Greta Gysin GPS/TI:  
Kündigungsschutz für  
frischgebackene Väter  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(01.09.2021)
- [21.3283](#) Motion Elisabeth Baume-Schneider  
SP/JU: Mutterschutz vor der  
Niederkunft  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.05.2021)  
→ *SR: Zuweisung an die zuständige  
Kommission zur Vorberatung*  
(14.06.2021)
- [21.3155](#) Motion Flavia Wasserfallen SP/BE:  
Mutterschutz vor der Niederkunft  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.05.2021)
- [21.3082](#) Motion Katharina Prelicz-Huber  
GPS/ZH: Aufwertung der  
"Frauenberufe" in Pflege und  
Betreuung  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.05.2021)
- [21.3083](#) Interpellation Florence Brenzikofer  
GPS/BL: Massnahmen für eine  
bessere Vereinbarkeit von Familie  
und Beruf  
→ *Antwort BR (12.05.2021)*  
→ *NR Diskussion verschoben*  
(01.10.2021)
- [21.3042](#) Interpellation Katharina Prelicz-Huber  
GPS/ZH: Frühförderung von Kindern  
mit Migrations- und Fluchthintergrund  
→ *Antwort BR (12.05.2021)*  
→ *NR Diskussion verschoben*  
(18.06.2021)
- [21.412](#) Parlamentarische Initiative Florence  
Brenzikofer GPS/BL: Von  
Tagesstrukturen zu Tagesschulen  
→ *WBK-N: Folge gegeben*  
(05.11.2021)
- [21.403](#) Parlamentarische Initiative WBK-NR:  
Überführung der Anstossfinanzierung  
in eine zeitgemässe Lösung  
→ *WBK-N: Beschluss, einen  
Erlassentwurf auszuarbeiten*  
(18.02.2021)  
→ *WBK-S: Zustimmung (29.03.2021)*
- [21.311](#) Standesinitiative BS: Wahrnehmung  
des Parlamentsmandates während  
des Mutterschaftsurlaubs  
→ *SPK-S Folge gegeben*  
(09.11.2020)  
→ *SPK-N Folge gegeben*  
(22.01.2021)
- [20.4421](#) Postulat Samira Marti SP/BL:  
Kindeswohl im Asyl- und  
Ausländerrecht  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(17.02.2021)
- [20.323](#) Standesinitiative LU: Politikerinnen im  
Mutterschaftsurlaub  
→ *SPK-S Folge gegeben*  
(09.11.2020)  
→ *SPK-N Folge gegeben*  
(22.01.2021)
- [20.322](#) Standesinitiative TI: Für die  
Verlängerung des  
Kündigungsschutzes nach dem  
Mutterschaftsurlaub  
→ *Ständerat keine Folge gegeben*  
(06.12.2021)
- [20.313](#) Standesinitiative BL: Teilnahme an  
Parlamentssitzungen während des  
Mutterschaftsurlaubs  
→ *SPK-S Folge gegeben*  
(09.11.2020)  
→ *SPK-N Folge gegeben*  
(22.01.2021)
- [20.454](#) Parlamentarische Initiative Valérie  
Piller Carrard SP/FR: Kinderarmut  
bekämpfen



→ *WBK-N Folge gegeben*  
(01.07.2021)

- [20.3683](#) Motion Yvonne Feri SP/AG:  
Bedarfsabhängige Kinderzulagen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(19.08.2020)
- [20.3684](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG:  
Massnahmen zur Armutsprävention  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.08.2020)
- [20.3806](#) Postulat Valérie Piller Carrard SP/FR:  
Anders in die familienexterne  
Kinderbetreuung investieren  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(19.08.2020)
- [20.3873](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS: Der  
Elternurlaub als Zukunft unserer  
Familienpolitik  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.08.2020)
- [20.3381](#) Motion GPS-Fraktion: Keine  
Kinderarmut  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.08.2020)
- [20.3201](#) Motion SP-Fraktion: Wichtige  
Anerkennung für systemrelevante  
Arbeit  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(26.08.2020)
- [20.3231](#) Motion Yvonne Feri SP/AG:  
Nationales Programm. Früherkennung  
von Kindeswohlgefährdungen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(12.08.2020)
- [20.3039](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS:  
Familienquotient zur Beseitigung der  
Heiratsstrafe  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(20.05.2020)  
→ *NR Ablehnung* (22.09.2021)

- [19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches  
Mandat auch bei Mutterschaft.  
Änderung der Bundesgesetzgebung  
→ *SPK-S Folge gegeben*  
(09.11.2020)  
→ *SPK-N Folge gegeben*  
(22.01.2021)
- [19.4069](#) Motion Benjamin Roduit Die Mitte/VS:  
Schweizer Kohortenstudie zur  
Untersuchung der Gesundheit von  
Kindern und Jugendlichen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)  
→ *NR: Annahme* (16.09.2021)
- [19.4070](#) Motion Christian Lohr Die Mitte/TG:  
Nationale Strategie für Kinder und  
Gesundheit  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)  
→ *NR: Annahme* (16.09.2021)
- [19.3630](#) Motion Christa Markwalder FDP/BE:  
Individualbesteuerung endlich auch in  
der Schweiz einführen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(28.08.2019)  
→ *NR: Annahme* (31.05.2021)
- [19.3373](#) Motion Margret Kiener Nellen SP/BE:  
EO-Entschädigungen. Militärdienst  
und Mutterschaft gleich entschädigen  
à *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(29.05.2019)  
→ *wird übernommen von Priska  
Seiler Graf* (28.11.2019)  
→ *NR: Annahme* (10.03.2021)
- [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias  
Aebischer SP/BE:  
Chancengerechtigkeit vor dem  
Kindergartenalter  
→ *WBK-N: Folge gegeben*  
(12.01.2018)  
→ *WBK-S: Zustimmung* (14.05.2018)  
→ *WBK-N: Eröffnung  
Vernehmlassung* (29.08.2019)

→ *WBK-N: Verabschiedung Vorlage (14.02.2020)*  
→ *NR: Annahme Erlassensentwurf (18.06.2020)*  
→ *SR: Nicht eintreten (09.09.2020)*  
→ *WBK-N: Behandlung sistiert bis Ende Jahr (19.02.2021)*

[17.483](#) *Parlamentarische Initiative Verena Herzog SVP/TG: Kaufkraftbereinigte Familienzulagen*  
→ *SGK-N Zustimmung (16.11.2018)*  
→ *SGK-S Zustimmung (21.11.2019)*

[15.434](#) *Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter*  
→ *wird übernommen von Thomas Weibel (3.12.2015)*  
→ *SGK-N Zustimmung (22.06.2016)*  
→ *SGK-S Zustimmung (30.08.2016)*  
→ *Fristverlängerung bis Herbstsession 2020 (28.09.2018)*  
→ *Fristverlängerung bis Frühjahrssession 2023 (19.03.2021)*